



Dr. Clemens Engelke, Mitglied der Geschäftsleitung der PPI AG: „Die befragten Experten rechnen mehrheitlich damit, dass sich die SEPA-Lastschrift nicht vor Mitte 2015 als Marktstandard durchgesetzt hat.“

„Unternehmen nutzen die SEPA-Überweisung bislang vor allem für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr in Europa. Dabei könnte die SEPA-Überweisung auch problemlos im Inland eingesetzt werden.“

## SEPA: Wirtschaft und Gesetzgeber ringen

# Lastschriften als Hemmschuh

Die Einführung des gemeinsamen Euro-Zahlungsverkehrsraums SEPA (Single Euro Payments Area) verläuft nicht ganz nach Plan. Zwar sind über 4000 Kreditinstitute europaweit in der Lage, den Standard zu erfüllen, wenn es um Überweisungen geht, allerdings stößt das Lastschriftverfahren nach SEPA-Regeln auf Widerstand. Dr. Clemens Engelke, Mitglied der Geschäftsleitung der PPI AG, erläutert wo die Schwierigkeiten liegen.

Immerhin handelt es sich bei 43 Prozent aller Zahlungen in Deutschland um Lastschriften. Spätestens im November 2009 soll deren Abwicklung auch im einheitlichen SEPA-Format möglich sein. Die Pläne der EU sehen vor, dass die verschiedenen nationalen Standards schrittweise durch die SEPA-Zahlungsverfahren abgelöst werden. In Deutschland stößt die Zündung dieser zweiten SEPA-Stufe allerdings auf Gegenwind.

Experten sind sich über wichtige Aspekte der Umstellung nicht einig. Unklar ist beispielsweise, ob bestehende Einzugsermächtigungen ihre Gültigkeit behalten. Deutsche Wirtschafts- und Sozialverbände fordern sogar, am bestehenden Lastschriftverfahren festzuhalten. Für die Banken ist nun vor allem die Politik gefragt, schnell für einen gesetzlichen Rahmen zu sorgen. Damit bestünde auch für die Wirtschaft die nötige Planungssicherheit, um die Umstellung reibungslos zu bewältigen.

Speziell über die Dauer einer möglichen Übergangsphase geben Branchenexperten uneinheitliche

Prognosen ab, wie die Electronic-Banking-Studie der PPI AG und Ibi Research zeigt. In der Befragung aus dem Jahr 2007 sagten die Befragten das Ende des deutschen Lastschriftverfahrens für 2014 voraus. In der diesjährigen Studie sind die Schätzungen noch vorsichtiger. Die befragten Experten rechnen mehrheitlich damit, dass sich die SEPA-Lastschrift nicht vor Mitte 2015 als Marktstandard durchgesetzt hat. Einige Branchenkenner vertreten sogar die Meinung, dass die nationalen Verfahren niemals vollständig durch SEPA-Zahlungen abgelöst werden.

## SEPA-Umstellung verlief reibunglos

Weniger problematisch verlief die Einführung der SEPA-Überweisung Anfang des Jahres: Mehr als 4000 Kreditinstitute sind europaweit inzwischen in der Lage, Überweisungen in dem neuen Format zu übertragen. Sämtliche deutsche Banken haben den Standard bereits umgesetzt und dabei gute Arbeit geleistet. Technisch lief die Umstel-

lung ohne Pannen. 98 Prozent der Überweisungen erreichen ihren Empfänger innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen drei Tage, viele sogar bereits nach einem Tag. Verbesserungsbedarf gab es nur in Details. Beispielsweise fehlten auf einigen Belegen Satzteile im Verwendungszweck. Zudem war in einigen Fällen schwer feststellbar, warum eine Zahlung zurückgegeben wurde.

## SEPA-Nutzer dringend gesucht

Nach dem Willen der Europäischen Union soll bis 2010 ein wesentlicher Anteil der Überweisungen und Lastschriften im SEPA-Format einheitlich übertragen werden. Trotz des geglückten Starts ins SEPA-Zeitalter hält sich allerdings die Nutzung des neuen Instruments bislang in Grenzen.

Rund 190000 SEPA-Überweisungen verzeichnen Banken täglich. Unternehmen nutzen die SEPA-Überweisung bislang vor allem für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr in Europa. Dabei könnte die SEPA-Überweisung auch problemlos im Inland eingesetzt werden. Experten setzen nun vor allem auf die öffentliche Hand, das SEPA-Verfahren als Vorreiter verstärkt einzusetzen. Wenn die EU-Kommission feststellt, dass nur ein kleiner Teil der Zahlungen über das XML-basierte einheitliche Format abgewickelt wird, ist mit Vorgaben seitens der Gesetzgeber zu rechnen.

Unternehmen und einzelne Verbände von Kreditinstituten setzen sich wiederum dafür ein, dass die Ablösung nationaler Verfahren marktorientiert erfolgt und nicht durch Gesetze zwangsweise verordnet wird – auch auf die Gefahr hin, dass sich SEPA anfangs etwas langsamer durchsetzt als von der Europäischen Kommission erhofft. ([www.ppi.de](http://www.ppi.de))